

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17.
Telephon 6802. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie möglichst abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag: G. Pöhlmann, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telephon 5407. Selbstkostenpreis 12.1002

Nr. 119

Bezugspreis: Durch Kurierpost zugestellt monatlich 6.00 Mk., einschließlich Postgebühr. Für Abnehmer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—, monatlich 6.00 Mk. einfl. Postgebühr.

Halle, Mittwoch, den 25. Mai 1921

Anzeigenpreis: Im abendigen „Vingelblatt“ kostet das Blatt 2.50 Mk., bei den übrigen Ausgaben für die nächste Ausgabe morgens 9 Ugr.

5. Jahrgang.

Brand in der Kammer.

Ueber Polenpolitik und Oberschlesien — Die Entwaflnungsfrage — Das Londoner Abkommen.

Ministerpräsident Brand erklärte, während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die obersteinständige Frage genau geprüft, und sei zu einer Einmütigkeit gekommen. Die obersteinständige Kommission habe der Obersteinständigkeit zugestimmt, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe niemals die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müßten. Nach dieser Richtung hin seien er und der englische Premierminister vollständig einig. Obersteinständige sei niemals als rein deutsches Land ausgesprochen worden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagt er über Polen: Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, müsse man ihm auch die Existenzmöglichkeit gönnen. In den Bergwerksbezirken hat Oberschlesien nicht nur die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit in den Kommunalen erlangt.

Wenn nach so vielen gemeinsam niedergeschriebenen Schwierigkeiten die Entente elend sterben müßte infolge einer Schwierigkeit wie der gegenwärtigen, dann fahre man nur der gute Wille fehlen und dann hat man nicht den Wunsch, die Entente anzuschuldigen. Das sei nicht der Gedanke Frankreichs. (Beifall.)

Ministerpräsident Brand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu würdigen und um eine Grenzlinie zu ziehen. Die Alliierten müßten sich wie in allen anderen Fragen ausprechen. Brand geht alsdann auf den Ursprung der Unruhen zurück und sagt, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie sollten das Opfer getroffenen Abkommens sein. Von London aus habe er angeordnet, daß sofort dem französischen Vertreter telegraphiert wurde, daß er alles unternehme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen. Frankreich habe 120 000 Mann in Oberschlesien beschickt. Die Ordnung sei wieder hergestellt. Alle Welt müßte davon betrieblert sein. Die Worte Lloyd Georges hätten, falsch interpretiert, die deutsche Presse und die Alldeutschen glauben machen können, er habe Deutschland aufgefodert, direkt in Oberschlesien etwas zu unternehmen, dadurch, daß die Reichswehr dort einbringe. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppen entsende, wozu, wie er wisse, eine gewisse Gerechtigkeit bestanden habe, dann werden ernste Ereignisse dadurch hervorgerufen. Die deutsche Regierung habe begriffen. Der deutsche Legationsrat v. Nolte habe nach Verhandlungen mit der interalliierten Kommission Instruktionen erteilt, denen Folge geleistet wurde.

Er habe ihn auf den Ernst der Lage der augenblicklichen Lage hingewiesen und gesagt, wenn nicht in kürzester Zeit die deutschen Besatzungsmächte entwaflnet würden, wenn die Urheber der Anwerbungen nicht nach den deutschen Strafgesetzen verfolgt würden, wenn die deutsche Grenze nicht gesichert würde, dann könne die Lage gefährlich werden.

Seute vormittag habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien und daß der preußische Minister des Innern Sicherheitspolizei entsandt. Er denke heute aufrecht, daß Dr. Wirth, der sich auf eine andere Weisheit stütze als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen.

Ministerpräsident Brand fährt fort, er sei beunruhigt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er müsse daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles ein einseitiges, ein fiktives Deutschland in Bezug auf Robbison und Militarisierung der Rassen geschaffen habe als der Friedensvertrag von Frankfurt (?). Er wundere sich, daß man ihm Schwäche bei dem Gebrauch dieses Instrumentes vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament, nämlich durch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, erfüllt. Aber Tardieu seine die Vergangenheit vergessen zu haben und nur an die Zukunft zu denken. Er, Brand, wäre härter deklariert worden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte, aber diese Art von Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte. Auf der rechten Seite wird Brand lebhaft unterzogen, was Professe von links hervorruft. Brand fordert jene Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen. Der Abg. Robbeier ruft daraufhin: Die Frage steht doch viel höher als eine ministerielle Frage.) Ministerpräsident Brand sagt, der Abgeordnete Robbeier habe ihm nicht verstanden, wenn es sich um das Interesse Frankreichs handele. Wenn er die Kammer auffordere, ihre Wahl zu treffen, dann handele es sich um eine Frage im allgemeinen

Interesse. Die, die für ein isoliertes Frankreich seien, hätten zu bedenken, 200 000 Mann händen vor dem Ruhrgebiet, das in einer halben acht Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Kommen von London getroffen hätte, das die Interessen Frankreichs überhebe, wenn er zurückgekommen wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertritt, müsse man erklären: „Ich will“, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. Wenn er das getan hätte, dann hätte sie das ihm acht oder vierzehn Tage später vorgeworfen. Briten Sie Ihr Gewissen, führt Brand unter dem Beifall der Linken und der Mitte. Frankreich fährt fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrechtzuerhalten. Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen werde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man müsse unermüdlich daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrechtzuerhalten, aber nicht nur im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. (1) Er steige von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden, und überall, in Amerika und in England besonders würdige man die Festigkeit und die Mäßigung (!) Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wollen, wodurch die Alldeutschen und Militäristen aus Ruher kämen. In jedem Falle müsse man die Jahresklasse 1919 50 Jahre unter den Waffen behalten. Die Gehobendheit wolle die Besetzung des Ruhrgebietes. Der Abgeordnete befragte sich das weitere mit finanziellen Fragen und amschlecht um Schlag das Programm der Sozialisten, das in Anknüpfung aufgestellt wurde. Die arbeitende Klasse habe verstanden und dem gewählten Kriegszustand für die Wähler ein Ende bereiten. Die Weiterberatung wird alsdann auf Mittwoch nachmittags verlegt.

Das Verbot militärischer Anwerbungen.

Der Reichspräsident hat unter dem Datum vom 24. Mai 1921 folgende Verordnung über das Verbot militärischer Verbände erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuführen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. Mai 1921.
Der Reichspräsident: gen. Ebert.
Der Reichsminister des Innern: gen. Dr. Wirth.
Der Reichsminister des Innern: gen. Dr. Gradnauer.

Nach einem amtlich durch die Reichsregierung veröffentlichten Kommentar ist auf Grund dieser Verordnung auch strafbar, wer Geld unter Verwendung für solche Unternehmungen herbeibringt, ebenso ist strafbar die Werbung und die Annahme von Werberbeiträgen in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abkommensgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Alliierten zugeht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Dreigeln-Scandal.

Rom Hauptbetriebsrat bei der Ch.-Od. Dresden gehen dem „Vorwärts“ neuerdings Nachrichten über durchfahrende bayerische Dreigelntransporte zu. Es passierten am Sonnabend, den 22. Mai, weitere 60 Dreigelnzüge, die sich als „Freiwilliger Oberland“ bezeichneten. Transportführer war ein Dr. Schmidt. Der Worgenszug am Sonntag brachte 40 bis 50 Mann von Salzburg, teilweise Studenten, darunter auch 14 Dönerreicher. Entgegen den ersten Transporten sahen diese auf Waffentafeln. Jedoch sind auch bereits zweimal in entgegengelegter Richtung etwa 20 Mann Dönerreicher verfahren, deren Anwesenheit

ergeben, daß das ganze Unternehmen ebenso dann wie Loyalität angetastet ist. Es waren meist Arbeitslose, die man mit ungeheuren Verpflegungskosten angelockt hat. (Einmalige Zahlung von 250 Mk. tägliche Ration von 50 Mk.) Tatsächlich haben sie nichts erhalten, auch keine Naturalverpflegung, sondern man hat ihnen den weissen Rat gegeben, wenn sie Hunger hätten, sollten sie sich das Notige selbst von den Bauern holen. (Dieser das wirksame Mittel, um bei der Bevölkerung Sympathien für Deutschland zu erwecken.) Uebereinstimmung haben die Rüdelführer beider Transporte auch ausgedrückt, daß die Bewaffnung sehr mangelhaft war, Gewehre hatten allein die Studenten, und diese führten auch das Kommando in der Weile, daß sie Widerstände mit Arrest und Erschießung bedrohten. Einzelne wurden auch in einem Keller eingesperrt. Bei den Bauern werden Werts und dergleichen requiriert gegen unglückliche Requisitionsscheine mit gefälschten Namen, so daß hier schon eine große Erbitterung entstanden ist.

Wie lange soll dieser Dreigeln-Scandal noch andauern. Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit die Rollen für die Dummheiten dieser „Selbstjunglinge“ und Räuberromantiker zu tragen.

Jetzt liegen die ersten Meldungen über die Heldentaten der Dreigeln-Leute in den von den Polen noch nicht besetzten Gebieten Oberschlesiens vor. In dem Städtchen Hainau kämpften sie unter Führung ihres Leitenden des Rathauses und verschafften sich Waffen. Ein Reize stellte das holländische Corps Oberland seinen Tankendruck dadurch, daß es Erzüge gegen unsere Parteisekretariat vertrieb, wobei es anwesende Funktionäre mit Erschießung drohte. Die Tätigkeit zeigte sehr deutlich, worauf es die Dreigeln-Leute im gegebenen Falle abgesehen haben. Die ganze Aktion aber dürfte gerade in Anbetracht der Tatsache, daß England in diesem Augenblicke Truppen nach Oberschlesien entsendet und daß die französische Presse eifrig bemüht ist, den Eindruck zu erwecken, als sei es jetzt notwendig gegen die „deutschen Beamten“ vorzugehen, jedem, der in der Lage ist die Verhältnisse objektiv zu beurteilen, zeigen, welche große Gefahr von der Dreigeln und den hinter ihr stehenden Kreisen droht. Das natürlich auch der alldoische Verband nicht fehlt, um der neuen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, ist eigentlich eine Schwermüdigkeit. Sein gefächsführender Ausschuss hat am Sonntag eine sehr lange Entschließung gefaßt, deren Einleitung lautet:

„Nach einmal hat die alte reichsfeindliche Mehrheit des Reichstages entgegen ihren eigenen feierlichen Erklärungen sich dem feindlichen Nachdruck unterworfen und damit unter Freigabe der deutschen Bevölkerung das Vaterland der fremden Willkür ausgeliefert.“

Ueber Oberschlesien sagt der alldoische Verband in seiner Entschließung folgendes:

„Die Vorgänge in Oberschlesien müssen den Zorn jedes ehrlichen Deutschen erregen und seine Verachtung gegen alle Vertiefung die sein Volk in die Lage gebracht haben, wehlos dem Raubgelüste polnischer Abenteuerer ausgeliefert zu sein.“

Der alldoische Verband urteilt hier sehr scharf über — sich selbst, über Wilhelm II., über Ludendorff, Helfferich und all die anderen großen Krieger und Strategen, die England in sechs Monaten auf die Knie zwingen, den Feinden die Zahlung aller Kriegskosten aufbürden wollten, die Kongruenzkrieg Deutschland einverleiben und Belgien vom Reich unabhängig machen wollten. Zur Erreichung dieser Ziele haben jene Leute den Krieg bis zum ruhmreichen Ende geführt, dessen Folgen nun das Volk auszubahlen hat. Und diese Zustände in die Schube zu schieben, sie sind überdies schon wieder dabei, einen neuen Krieg, diesmal gegen Polen, zu initiieren.

Gegen dieses Treiben des reaktionären Blochs ist nur ein Kraut gemachen. Ihm gegenüber gibt es nur eine Macht, den selbstjammereichsten Blod aller Republikaner. Sein Kernstück muß die deutsche Arbeiterbewegung sein, die die Hauptrolle zu tragen hätte, wenn die Pläne der Saboteure verwirklicht werden würden. Die deutsche Arbeiterbewegung und vor allen Dingen die sozialistische hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit auf dem Vollen zu sein, sich zusammenzusetzen, die neue Regierung bei der Durchführung der Unterwerfung zu unterstützen. Sie ist die unerlässliche Stütze der demokratischen Republik, und nur wenn sie es bleibt, ist es möglich, diese in eine sozialistische Republik umzuwandeln.

Durch den Ausfall der obersteinständigen Kohle hat sich den Blättern zufolge die gegenwärtig für die Beziehungen an die Entente und zum Verbrauch für die deutsche Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Kohlenmenge im Vergleich zu der Menge des Monats März etwa um 25 Proz. verringert. Sollte sich diese Einbuße von einem Viertel des gesamten deutschen Kohlenquantums auch nur auf längere Zeit ausdehnen, so würde das unbedingt zur schwersten Katastrophe unseres Wirtschaftslebens führen.

Aus Oberösterreich.

Oppein, 25. Mai. **RTZ** meldet: Ueber die Lage in den zweibehobenen Industriekreisen im Zentralorte lagen auch bis gestern Abend unzureichende Nachrichten vor. Im Kreise Rosenberg wurde die Stadt Rosenberg von den Deutschen besetzt. Die das Gebiet räumenden polnischen Verbände haben die wehrlose Bevölkerung in schwerer Weise auszupeinigen und gebräutet. Eine große Anzahl Deutscher ist von den Aufständischen mit Kraftwagen nach dem Internierungslager Pavonau (Kr. Umlin) verschleppt worden. Auch aus dem Kreise Oppein werden Klagen über den Polen in der Gegend Turama gemeldet. Im Kreise Groß-Schreiß wurden polnische Anführer bei Groß-Stein und Schöblich abgewiesen. In den polnischen „Presseberichten“ wird behauptet, die Auführer bemächtigten das Gebiet um Krappitz zur Schaffung einer neutralen Zone mit Verlangen der Internierten Kommission räumen wollen. Die Meldung entspricht in keiner Weise den Tatsachen, da gerade in diesem Gebiet mehrere Verstecke der Polen stattgefunden haben. Nach dem Heeresbericht der Auführer vom 23. Mai, der als Warfauer Zunftspruch verbreitet wird, hat die Oberleitung der Aufständischen eine Verfügung erlassen, die die Zahlung von Steuern an die deutschen Behörden verbietet. Das Uebertreten dieses Befehls wird mit einer Geldstrafe bis zu einer Million deutscher Mark oder einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre geahndet. Nach anderen Warfauer Zunftsprüchen wird die Wiederkaufnahme der Arbeitsverhältnisse an die Tschechoslowakei geahndet, und zwar sollen am 22. Mai 5000 Tonnen Kohle geliefert werden. Die Aufständischen haben mit den Abnehmern in Verbindung getreten, um eine geringe Aufschuß auszuföhren zu ermöglichen. Nach einer weiteren Warfauer Meldung sind die Kreissteige und Kreisausflüsse in den von den Aufständischen besetzten Gebieten gesperrt. Die Gemeindeverwaltungsbehörden müssen sich in allen Angelegenheiten nunmehr an die polnischen Kreisverwalter wenden, die die Kontrolle über die gesamte Kreisverwaltung ausüben.

Oberösterreichische Kriegsnachrichten.

Dem „Vorwärts“ wird aus Berlin gemeldet: Die Kriegsnachrichten, die ein Teil der Berliner bürgerlichen Presse in den heutigen Ausgaben gebracht hat, so vor allem die Meldungen des „Volkszeitungers“, erregen in den Kreisen der Mitläufer des oberösterreichischen Selbstschutzes große Heiterkeit. Es ist die Arbeit echter Kriegserberichterstatter, die in den schlimmsten Traditionen der „großen Zeiten“ leben. Die meisten Einzelheiten dieser Berichte wurden mit heute von Führern des oberösterreichischen Selbstschutzes als unrichtig bezeichnet. Insbesondere muß ein ganz falsches Bild aus den Schützungen entstehen, daß der deutsche Selbstschutz großen Angriffskampfen unternehm. Ein einzelnen Stellen sind — wie nicht zu bezweifeln werden kann — im Laufe des Sonntags und Sonntags solche deutschen Gegenaktionen erfolgt. Aus dem Aufzug des Generals Hofer geht bereits hervor, daß die einheitliche Leitung des Selbstschutzes, die sich gegenüber mit den Einzelaktionen allmählich durchsetzt, den Zeitpunkt für eine deutsche Aktion nicht für gekommen hält, da sie auf keinen Fall die Entente zu provozieren möchte. Im Laufe des heutigen Tages ist es daher auch zu größeren Kampfhandlungen nirgend gekommen.

Die politischen Maßnahmen zur Sperrung der oberösterreichischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das präsidiale Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Österreich zurückführende Bewaffnete entwaffnen sollen.

4 britische Bataillone nach Oberösterreich. Paris, 25. Mai. Havas zufolge wird amtlich bestätigt, daß die britische Regierung vier Bataillone der am Rhein stationierten Truppen nach Oberösterreich schicken wird. Die britischen Truppen werden in Wien durch sechs französische Bataillone ersetzt werden.

Frankzösische Note an England. Paris, 25. Mai. Wie Havas aus London meldet, hat gestern morgen das Foreign Office eine Note der französischen Regierung erhalten, die ihrem Inhalt nach der am

21. Mai übersandten Note entspricht. Die französische Botschaft erhielt Auftrag, gestern nachmittag bei Lord Curzon mehrere Erklärungen betreffs dieser Note abzugeben.

Belgien nicht von der Partizip.

Brüssel, 25. Mai. „Daily Telegraph“ bestätigt jetzt, daß die Möglichkeit besteht, daß die belgische Regierung nicht zu der nächsten Tagung des Obersten Rates eingeladen wird. Das Grund ist, daß Belgien niemals Vollmitgliedschaft des Obersten Rates war. Die Tatsache, daß die Zulassung Belgiens zu den kommenden Beratungen über Oberösterreich nicht erörtert wird, beweist, wie schärf der Gegenseite zwischen England und Frankreich ist. Von englischer Seite wird die Forderung aufrechterhalten, daß Brüssel an irgendwelcher Beschlußfassung des Obersten Rates einen Anstoß von Justiz und anderen Scherzgebühren mit der provisorischen Festlegung der Teilungsgrenze für Oberösterreich betrauen soll. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt sicher zu sein, daß dieses Verfahren sowohl den extremen Deutschen wie den extremen französischen Standpunkt sofort ausfallen würde.

Zur Entwaflnung in Bayern.

London, 25. Mai. Dem Reuterschen Büro wird mitgeteilt: Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaflnungsvorschlösse erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung seitens der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

München, 25. Mai. Den Rüstern zufolge verhandelte unter dem Vorhänge des Ministerpräsidenten v. Kahr gestern Abend der Minister über die Entwaflnungsfrage. Heute findet eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien statt.

Nach heutigen Meldungen soll der Minister über die Entwaflnungsfrage eine Stellung gefunden haben, die bei der Entente Befriedigung auslösen wird. — Wenn es nur keine Drohung des Herrn von Kahr bedenklich!

Sitzung des Reichskabinetts.

Der „R.M.“ meldet, daß gestern nachmittag das Reichskabinet eine Sitzung abgehalten habe, in der insbesondere die oberösterreichische Frage und die Entwaflnung besprochen werden sollen. — Die noch freien Ministerien dürften dem gleichen Blatt zufolge noch im Laufe des heutigen Tages besetzt werden.

Die Reichseinnahmen.

Berlin, 24. Mai. Wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, betragen die Gesamteinnahmen des Reiches im Rechnungsjahr 1920/21 45,5 Milliarden Mark gegen 40,6 Milliarden des Voranschlags einschließlich des Nachtragsplans.

Ohne eine neue Konferenz . . .

Paris, 25. Mai. Wie der „Temps“ mittelt, erwiderte Ministerpräsident Briand eine Abordnung der Tschechoslowaken auf ihre Anfrage, ob bei einer Rückausführung einer der Bedingungen des Londoner Abkommens die Herstellung des Ruhrgebiets erfolgen könne, ohne daß es einer neuen Konferenz der Alliierten bedürfe, folgendes: Nach Rücksprache mit dem englischen Botschafter kann ich erklären, daß die französische und die englische Regierung hierüber einer Meinung sind. Falls irgendeine oder mehrere Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages von Seiten Deutschlands verletzt werden, wird die Belegung des Ruhrgebiets ohne eine neue Konferenz der Alliierten eintreten. Briand erklärte, wie der „Temps“ weiter meldet, General Klotz habe die höchsten Beweise dafür erhalten, daß die deutsche Regierung die Entwaflnungsauflagen auszuführen bereit ist, daß die deutsche Regierung den größten Eifer setze, um das Abkommen von London auszuführen.

Wissens der Zwangsmaßnahmen.

Die englischen Vertreter der interalliierten Rheinlandkommission sind aufgefordert worden, Bericht darüber zu erstatten, in welcher Form die gegen Deutschland angedrohten Zwangs-

maßnahmen jetzt wieder abgebaut werden können. Dabei sollen in erster Linie solche Maßnahmen in Aussicht kommen, die dem internationalen Handel und Verkehr Schwierigkeiten bereiten. Gelegentlich sollen die englischen Militärbehörden in der Richtung der Maßnahmen, in welchem Umfang eine Besetzung der Grenze bei Belagungsarmee im Rheinland möglich ist. Der Umfang der zu leistenden Hilfe soll auch nicht verringert werden, doch erachtet man die Stärke der Truppen anlässlich der Landung, daß Deutschland das Minimum unterliegt, das nach dem Vertrag nicht mehr zu befrachten sind, bis zu hoch. — Da die Errichtung der Zollgrenze am Rhein bisher nicht einmal die Kosten der Beamtengehälter eingebraucht hat, ist man auf die Beibehaltung dieser Maßnahme nicht zu sprechen.

Vor einer Kraftprobe.

In der deutschen nationalen Presse häufen sich wieder die Erzberger-Artikel. Die Beurteilung des Schieber-Brüngen Erich Friedrich zwingt die vornehmsten Herrschaften auf der rechten zu einem Klärungsversuch. Allen die Verlegenheit der Deutschen, die zu ergeben, den Tränen der Korruption und des Schieberums sitzen zu wollen und die dabei sich schuldig vor die Schieber in ihren eigenen Reihen stellen, genügt nicht die Errichtung der Reueubauung der Erzbergerheide. Schon vor den kritischen März-Tagen und vor der Kabinetsstrategie gellte durch die deutsche nationale Presse die Alarmruß; Erzberger vor den Toren. Junger, Mittelalter und Kapitalisten sind sich darüber klar, daß das neue Reichskabinet, wenn es ausfallen sollte etwas erreichen wird, in Deutschland gewaltige Reformen durchführen muß. Die Rechte weiß auch, daß die Durchführung dieser Aufgaben wirtschaftlicher und politischer Natur nur möglich ist, wenn dem Reichskabinet ein Freikabinet unterstehend zu Seite steht. Deshalb haben denn auch die Ministerien der beiden Parteien in den bürgerlichen Parteien, vor allem aber in den Rechtsparteien den sozialdemokratischen Einfluß im Reichskabinet zu rücken zu rücken und vom Freikabinet überhaupt fernzuhalten. Das kapitalistische Bürgertum ist sich klar darüber, daß es große Dinge geht, daß ein für die Zukunft folgeschwerer Kampf ausgetrieben werden muß. Der demokratische Zeitungsdienst bringt bereits einige Andeutungen über die Richtung des Programms der Reichsregierung. Eine neue Steuererhebung ist geplant, die nicht nur die indirekten Steuern vermehrt, sondern auch Teile der Vermögenssubvention des Reiches und Privatier in Anspruch nehmen will. Mit der Sozialisierung aller Energiequellen (Wasserkraft, Elektrizität) soll der Anfang gemacht werden; dabei will man auf eine inoffizielle Erbschaftsteuer hinwirken, um den Reich wirtschaftlich überhöhlen zu können. Schließlich soll der Wirtschaftsprüfung durch horizontale und vertikale Organisationen zur Demokratisierung und Nationalisierung getrieben werden. Es heißt also kein Wunder, daß es auch nicht endlich einmal geistigen werden, weil wir sonst nicht am Ziel kommen. Seit dem Zusammenbruch verdrängen die bürgerlichen Klassen in Deutschland durch allerlei Künste und Kniffe und ein neues in die Entscheidung, um die notwendige und rettende Tat herumzukommen. Die Dinge haben sich im Augenblick wieder einmal zugespitzt. Die Lage Deutschlands liegt klar vor aller Augen dar: nur eine wirtschaftliche Revolution bringt uns über den Graben hinweg.

Scheidemann für Reichstagswahlen.

Im „Abendblatt“ beschäftigt sich Genosse Scheidemann in einem Artikel mit der künftigen Reichstagswahl. Er kommt dabei zu folgenden Schlüssen: Am 31. Mai soll der Reichstag wieder zusammengetreten. Die Regierung wird dann an einem der ersten Tage ihr Programm bekanntgeben, von dem gefordert werden muß, daß es tief und richtig, als frei von jeglicher Zweideutigkeit ist. Es darf unter gar keinen Umständen so formuliert sein, daß es hinsichtlich — um über die ersten Schwierigkeiten hinwegzukommen — eine Mehrheit findet, die bei der ersten Gelegenheit wieder zerbröckelt. Stellt sich bei der Vertrauensfrage, die klar formuliert sein muß, heraus, daß für eine Regierung, die für schwierigeren Aufgaben ernt nimmt, eine sichere Mehrheit nicht vorhanden ist, dann muß die durch Neuwahlen geschaffen werden. Ich weiß, daß man gegen Neuwahlen auch Bedenken geltend machen kann. Die Bedenken jedoch ich gering. Neuwahlen zum Reichstag müßten diesmal auf einer rüchlichen Abrechnung mit der Reaktion werden.

„König Koble.“

Roman von Upton Sinclair.

(44. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Doch ereignete es sich, daß wichtigere Dinge die Diskussion über die Witte und die Methode ihrer Verfestigung unterbrachen. Jack David brachte neue, schlimme Nachrichten mit. Der neue Fächer wurde aufgedeckt; doch gelang dies bereit langsam, daß die Kunde davon überzeugt waren, man würde den Fächer überhaupt nicht in Bewegung setzen, sondern den Schacht verfallen lassen, aus Angst, daß sich durch den Zutritt der Brand unten weiter verbreiten könnte. Eine Gruppe Aufseherbediente hatte es gewagt, zu Herrn Carmichael, dem Vertreter des Staatsinspektors, zu gehen und ihm Vorstellungen zu machen. Der Führer der Protetierenden, der Detektiv George Quazar, der zu dem Wagenkontrollierzimmer gehörte, war verärgert und ebenfalls aus dem Revier hinaus befördert worden.
Jack David berichtete noch, daß er einen Tischler kenne, der im Fächerraum arbeite und behauptete, daß man sich dort mehr als genug Zeit laufe; dieser Tischler waren auch die anderen, die damit zu tun hätten. Der Schacht war verfallen und würde es bleiben, bis die Gesellschaft annehme, daß der Brand erloschen sei.
„Wer“, meinte Jack, „vielleicht würde sich durch Öffnen des Schachtes das Feuer tatsächlich verbreiten und die Rettungsarbeiten unmöglich machen?“
„Richt im geringsten“, erwiderte der große Jack. Und er erklärte, wie durch Umkreisen des Fächers der Rauch wenigstens für eine Zeitlang aufgehalten würde. „Zeitlich können Kohlen und Balken Feuer fangen, der Fels könnte einstürzen und es würden dann einige Klüfte für die Arbeit verloren gehen.“
„Und wie lange wird der Schacht geschlossen bleiben?“ fragte Jack entsetzt.
„Das weiß heute noch niemand; in einem so großen Schacht kann der Brand eine Woche andauern.“
„Da werden ja alle tot sein!“ rief Rosa Minetti und rang in plötzlicher Verzweiflung die Hände.
Jack wandte sich an Olfon: „Und die wirklich unsterbliche, so etwas zu tun?“
„Es ist mehr als einmal getan worden“, lautete die Antwort des Organisations.

„Haben Sie nie von Chert in Illinois gehört?“ fragte David. „Dort wurde es getan und über dreihundert Menschen kamen daran um.“ Und er erzählte die furchtbaren, allen Vergleichen wohlbekannte Begebenheiten. Der Schacht war verfallen worden, aber weinten Frauen, wurden ohnmächtig, Männer zerriß ihre Kleider vor Wut — einige wurden wahnsinnig. Sie blieben den Schacht zwei Wochen lang verschlossen; als sie ihn öffneten, lebten noch einundzwanzig Männer!“
„Das gleiche trug sich in Diamondville, Wyoming zu“, sagte Olfon. „Dort wurde eine Barriere aufgestellt; als man sie fortnahm, fand man davon einen Augen Toten, die hinzugeflogen waren, sie zu zerbrechen versuchten und sich dabei die Finger bis auf die Knochen abgerieben hatten.“
„Mein Gott!“ schrie Jack aufschreckend. „Und dieser Mensch, dieser Carmichael — wird der so was machen?“
„Er wird sagen, sie täten ihr Möglichstes“, entgegnete der große Jack. „Bisweilen glaubt er es auch tatsächlich. Aber Sie werden schon sehen, jeden Tag wird ein neues Hindernis eintreten, der Fächer erst dann in Bewegung gesetzt werden, wenn es ihnen paßt.“
„Das ist doch Mord“, rief Jack aus.
„Rein, Geschäft!“ erwiderte Tom Olfon gelassen.
Jack betrachtete die Gesichter der Arbeiter; jeder hatte Freude in der Rede, jeder konnte schon morgen in der gleichen Lage sein.
„Und das müssen sie sich gefallen lassen!“ murmelte er halb für sich.
„Heute früh kamen noch mehr Polizisten“, warf Jerry Minetti ein. „Köja hat sie gefangen.“
„Sie wissen, was sie tun“, sagte Rosa. „Haben haben Sie Angst, daß wir ihnen drauskommen. Frau Lombard haben sie mit dem Fortzuge geholt, wenn sie nicht dabei bleibt, und die alte Frau Jonoth — ihr Mann und drei Söhne sind darin.“
„Sie werden roher und roher“, meinte Frau David. „Der große Kerl, der Pete, der aus Pedro kam, es ist eine Schande, wie der die Frauen behandelt.“
„Den kenne ich“, sagte Olfon, „er war in Sheridan, als die Gewerkschaft dort ihr Hauptquartier aufschlug. Er hat einmal einem unserer Organisations einen Fieß auf den Mund verpackt und vier Zähne ausgefressen. Es heißt, er sei ein gewöhnlicher Suchtstiller.“

Das ganze verflochtene Jahr hatte Jack an der Universität national-ökonomische Vorträge gehört, die eine „Privatbesitz“ — genannte Sache verurteilten. Durch Privatbesitz wurden Initiative und freie Sparwirtschaft gestiftet, die Arbeiter der Industrie befreit, die Wohlbröten für Schulung, höhere Bildung und die besten geistlichen Lehren von Nachtrag und Angebot, war die Basis des Fortschritts und Wohlstandes, mit denen Amerika gesegnet. Und nun fand Jack dieser Sache wirklich gegenüber, er sah die wässrigen Augen funkeln, schaute auf seinem Gesicht den glühenden Augen, erlachte die glühenden Taten, die getragenen Finger, von denen das Blut der Männer, Frauen und Kinder tropfte. Privatbesitz der Kohlengruben! Privatbesitz der verschlossenen Schachtöffnungen, niedrigerer Notausgang! Privatbesitz nicht in Bewegung gesetzter Fächer! Privatbesitz von Streifenapparaten, die nicht streuten! Privatbesitz von Reulen und Resolen, von Wörtern und Erziehungslehren, die sie zur Vertreibung der Arbeiter brauchten, mit ihnen vertrieben die Witwen in ihre Hütten jagten! Da, abgeklärte, höflichste Arbeiter der Privatbesitz, in abendlichen Stunden loskommend dem blutigen Dämon!
Jack schenkte kein Wort; etwas war in ihm erwacht, das er nie gekannt. Ein neues Maßmaß lag auf seinem Gesicht, seine Stimme klang voll und tief, wie die eines starken Mannes. „Ich werde sie zwingen, den Schacht zu öffnen!“
„Wie?“ fragte Olfon.
„Das Publikum weiß nichts; müde die Sache bekannt, es erhob sich eine solche Empörung, daß sie nie mehr vor kommen könnten.“
„Wie wollen Sie es bekannt machen?“
„Durch die Zeitungen! Sie können, trotz aller Bedenken, etwas derartiges nicht veräußern.“
„Und Sie meinen, man würde dem Geschäft einen Kollaps verursachen?“ fragte Frau David.
„Das werde ich schon machen; ich werde sie zwingen, den Schacht zu öffnen!“
(Fortsetzung folgt.)

Man lerne dabei nur mit echter Braunschweiger Stockfisch und fordere die jährliche Gesellschaften No. 2 von Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig, G. H.

Unabhängige Stimmungen.

Auf der Verbandsgeneralversammlung der Groß-Berliner Unabhängigen trat ein Delegierter offen und ehrlich für die Idee der Vereinigung mit der S. P. D. ein, und ein anderer sagte sich zu dem Erkenntnis durchzugehen, daß die U. S. P. praktische Regierungsverantwortung übernehmen müsse. Natürlich wurde bei der Redeober nicht abgesehen, daß schon ihr bloßes Auftreten ist Beweis genug für den Wandel der Meinung, der sich bei den Unabhängigen vollzieht. Selbst der Hauptreferent Wg. Bülth gab zu, daß nach dem Kampfsitz die reine Arbeiterregierung zu haben gewesen wäre, aber damals seien bei der U. S. P. die Leute eingetreten, die für das Eintraten, was jetzt nach dem Bericht der U. S. P. zur Angelegenheit ist, fürchten, daß noch in diesen anderen Fragen die Einsicht bei der U. S. P. erst kommen, die die Verbotskraft der Arbeiterinteressen auf schwerste gefährdet hat.

Große Betriebskollagen.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Landtag.
Mannheim, 25. Mai. Die Firma Benz will am 1. Juni einen Teil ihres Betriebes schließen, wodurch etwa tausend Arbeiter und Angestellte arbeitslos werden. Die Firma Benz legt den Betrieb der Luftschiffwerft still.

Mannheim, 25. Mai. Landtagsabg. Arnold und Gelesen (Soz.) haben im Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: Die Firma Benz in Mannheim beschäftigt am 1. Juni 1921 einen Teil ihres Betriebes, das alte Werk, stillzulegen. Durch diese Maßnahme werden etwa tausend Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Gleichzeitig legt die Firma Benz in Mannheim den Betrieb der Luftschiffwerft still. Was bedeutet die Regierung zu tun, um die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit im Mannheimer Industriebezirk zu unterbinden? Was die Firma Benz angeht, so wurde bei der Antinbildung von 44 Millionen neuer Aktien der Gesellschaft zur Notierung an der Börse behauptet, daß der Auftragsbestand befriedigend und die Umsätze im Steigen begriffen seien.

Vom Kriegsverbrecherprozeß.

Englische Zeugenaussagen.

Nach Eröffnung der ersten Verhandlung in Leipzig gegen die wegen Kriegsverbrechen angeklagten Personen durch Senatspräsident Schmidt erfolgte der Zeugenaufruf. Hierauf gibt der Angeklagte Henner, zur Person befragt, an, daß er am 20. Juni 1875 in Barren geboren und dort seit 23 Jahren bei derselben Firma zuerst als Küstler und dann als Küler tätig ist. Der Inhaber der Firma hat ihm wegen seiner Zuverlässigkeit und Arbeitsamkeit das beste Zeugnis ausgestellt. Mit Rücksicht auf eine Reihe ihm zugewandener Zuschriften erklärt der Präsident, daß für politische Erörterungen in diesem Saale, der nur der Gerechtigkeit diene, kein Raum sei. Fernen soll er der Zeit vom 13. Oktober bis zum 26. November 1915 im Gefangenenlager Herne in 39 Fällen für die Gefangenenmahlzeiten und für die Saubermachung gemacht haben. Neuerdings sind noch 7 Fälle hinzugekommen, so daß es sich im ganzen um 46 Anlässe handelt. Es kommt dabei eine Verlesung gegen § 122 des Militärstrafgesetzbuchs (Mißhandlung Untergebener) in Frage. Ein Teil der dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen ist bereits früher vom Kriegsverbrechertribunal abgeurteilt und mit 2 Wochen Mittelarrest geahndet worden. Diese Strafe ist durch die militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918 erlassen worden.

Auf Befragen erzählt der Angeklagte, wie er als Unteroffizier an das Gefangenenlager Herne versetzt wurde und daß ihm dort 200 Engländer und 40 Russen unterstellt waren. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß nach den bestehenden Vorschriften die Gefangenen genau so zu behandeln waren, wie deutsche Soldaten. Die Anklage beschränkt sich, Gefangene mit Fäusten, mit verschiedenen Gegenständen und durch Fußtritte mißhandelt zu haben. Auch mit Steinen soll er nach Gefangenen geworfen haben. Gefangene, die sich krank melden wollten, soll er daran gehindert haben.

Der Angeklagte bestreitet im allgemeinen sich bewußt fittbar gemacht zu haben.

Auf Befragen nach Rechtsanwalts gibt der Angeklagte erneut an, die Vorschriften, welche die Mißhandlung von Gefangenen verbieten, gekannt zu haben. Auch den bestehenden Vorschriften sei er berechtigt gewesen, von der Waife Gebrauch zu machen, wenn seinen Befehlen nicht Folge geleistet wurde.

Von den englischen Zeugen wird zunächst John Farr nennungen. Er sagt, die Betten im Gefangenenlager seien gut gewesen, die Nahrung aber war schlecht. Der Zeuge ist am 21. Oktober 1914 in Gefangenschaft geraten und am 23. Oktober 1915 in das Gefangenenlager Herne gekommen. Die ihm und seinen Landsleuten zugewandene Arbeit im Bergwerk hätten sie nicht leisten wollen, da sie darin eine Kriegsarbeit erblickten, die ihre Landsleute in Gefahr bringen könnte. Der Angeklagte habe seinen Befehl, die Arbeit aufzunehmen, mit Gewalt durchzuführen versucht. Wegen seiner Verweigerung der Arbeit habe ihn der Angeklagte

mit dem Gewehrlohn geschlagen.

so daß er beunruhigend niedergefallen sei. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe eine Wunde am Bein gehabt und habe den Arzt verlangt. Der Angeklagte habe aber erwidert, da einen Arzt zu haben.

Einen anderen Gefangenen namens Croß habe der Angeklagte absichtlich abwechselnd unter eine kalte und eine heiße Brause gestellt und ihn lange Zeit benommen gelassen. Fernen bestreitet das. Der Zeuge behauptet dann weiter, der Angeklagte habe ihn beim Schwerterheben einer Treppe geschlagen.

Der nächste Zeuge ist der Engländer Henry Abel. Er gibt an, 12 Engländer seien bei ihrer Ankunft im Lager von Angeklagten eingesperrt worden, weil sie die Bergwerksarbeit verweigerten. Von dem Angeklagten selbst will der Zeuge gelegentlich mit einem Stock geschlagen worden sein. Demgegenüber behauptet der Angeklagte, er habe überhaupt keinen Stock gehabt. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung und behauptet weiter, daß der Angeklagte einen Mann mit dem Seitengewehr auf die Nase geschlagen habe. Auf Vorhalt gibt der Zeuge an, dies sei geschehen, als die Gefangenen sich weigerten, sich anzustellen.

Sodann wird die Aussage des Zeugen Farr im Prozeß gegen den Angeklagten vor dem Kriegsverbrechertribunal verlesen, nach der der Zeuge selbst Mißhandlungen von Gefangenen durch den Angeklagten nicht wahrgenommen hat. Auf Gerichtsbescheid werden nunmehr die Aussagen der vor dem Kriegsverbrechertribunal in London eideschworen

Zeugen verlesen. Die Vernehmung ist erfolgt in Anwesenheit eines Vertreters der Reichsanwaltschaft und eines Verteidigers des Angeklagten. In den Aussagen ist die Rede von der Weigerung der Engländer, Bergwerksarbeit zu leisten. Der erste Zeuge hat behauptet, daß der Angeklagte ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen habe, so daß Blut floß. Die Mißhandlungen hätten die Gefangenen mit ihren Bajonetten bedroht und ihnen die Bajonette vor den Leib gehalten. Der zweite Zeuge, von Bern Wärtner, hat nie ein Bergwerk gesehen und weigerte sich, die Arbeit auf der Grube „Friedrich der Große“ in Herne zu leisten. Er behauptet ebenfalls, daß der Angeklagte einzelne Gefangene geschlagen hat, um sie zur Arbeit zu zwingen. Ein dritter Zeuge hat die Mißhandlungen des Croß mit angezogen.

Am 2. Uhr wird die Verhandlung auf 4 1/2 Uhr nachmittags vertagt.

Nach der Pause wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Der frühere englische Kriegesflieger Ernest Jones will von dem Angeklagten mißhandelt und bedrängt worden sein. Er gehört zu denen, die die Bergarbeit verweigerten, und gibt an, daß der Angeklagte ihm auf den Kopf geschlagen habe. Eine Strafmeldung habe der Angeklagte zurückgewiesen. Der Angeklagte wendet ein, daß der Zeuge ihn angereizt habe. Der Zeuge William Lenard Gotthard hat ebenfalls den Bergmannsdienst verweigert und erklärt, er sei von Angeklagten vor die Brust und ins Gesicht geschlagen worden. Andere Gefangene seien mit Kolbenstöcken mißhandelt worden, als sie sich sträubten, Bergarbeit zu leisten. Der unter die Brause gestellte Croß sei schon vorher gefügig nicht normal gewesen. Zeuge Charles Burrage spricht ebenfalls von der Arbeitsverweigerung und dem Fall Croß. Der Beschützung des Zeugen, der Angeklagte habe einen Revolver getragen, tritt dieser mit Entschiedenheit entgegen. Auch dieser Zeuge behauptet, daß der Angeklagte frange Gefangene verhindert habe, sich krank zu melden.

Der Zeuge Sidney Smart macht bezüglich der Vorgänge bei der Arbeitsverweigerung und bezüglich des Falles Croß ähnliche Angaben wie die früheren Zeugen. Das Essen im Gefangenenlager bezeichne er als ungenießbar; in der Suppe sei überhaupt kein Fleisch gewesen. Der Präsident bezieht diese Zeugnisse als leichtfertig, da bereits ein anderer Zeuge ausgesagt habe, daß das Fleisch kleinere in der Suppe gewesen sei. Zeuge William Gillett hat sich über die Behandlung im Bergwerk bei dem Angeklagten beschwert und behauptet, daßsamt ihm geschlagen worden zu sein. Er betont, es seien in dem Lager Strafen

bis zu 56 Tagen bei Wasser und Brot verhängt worden.

Der Präsident stellt einen Widerspruch dieser letzteren Aussage mit einer früheren protokollierten festgelegten Aussage des Zeugen fest und ermahnt diesen, streng bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Zeuge Alfred Briens sagt aus, er sei mit dem Gewehrlohn geschlagen worden und dabei zu Boden gefallen. Wer in der Nähe des Angeklagten gewesen sei, habe immer Stöße bekommen. Unten im Bergwerk seien die Engländer von den Zivilarbeitern mit Revolvern bedroht worden.

Um 7 1/2 Uhr abends wird die weitere Verhandlung auf Dienstag, den 24. Mai, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Notizen.

Der Ausschuß des Völkerverbunds wird wahrscheinlich heute in London zusammentreten, um den Bericht des Untersuchungs-ausschusses bezüglich der finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs zu prüfen.

Der „neue Völkerverbund“ nach amerikanischem Muster. Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet, daß der amerikanische Kassenhalter in London, Harven, Ueberbringer eines amerikanischen Projektes für einen neuen Völkerverbund ist. Das Projekt habe die Zustimmung von Hughes gefunden.

Eine französische Anleihe in Amerika. Zwei Vertreter der französischen Regierung haben mit einem Syndikat amerikanischer Banken eine Anleihe von hundert Millionen Dollars abgeschlossen. Die Anleihe läuft auf zwanzig Jahre zu einem Zinssatz von 7 1/2 Prozent.

Die türkische Nationalversammlung in Angora fordert von Frankreich die Aenderung der französisch-türkischen Abmachungen in folgenden Punkten: 1. Grenzveränderung (Eimerlebung von Alexandrette); 2. Umwandlung des wirtschaftlichen Systems, wie dies das Abkommen von Angora vorseht (Angora will nicht, daß türkisches Gebiet in wirtschaftliche Einflüsse geteilt wird); 3. Unterdrückung der gemischten Gendarmerei auf Cilicien; 4. Der Waffenstillstand zwischen Frankreich und der Türkei soll erst nach Klärung Ciliciens durch die Franzosen beginnen.

Der Streik im Waldenburger Revier, der sich auf sämtliche Gruben ausdehnt hat, hat durch einen Sympathieausstand der Metallarbeiter eine weitere Verschärfung erfahren. Die Führer der Gewerkschaften haben sich sämtlich gegen den Streik ausgesprochen. Eine Konferenz der Betriebsräte hat beschlossen, am Donnerstag eine Urabstimmung der Betriebsräten vorzunehmen.

Die gemischten Eilwagen-Straßen sind am Montag mit 12 Uhr stillgelegt worden. Die Stilllegung ist auf wiederholte Rundgehungen der Arbeiterschaft gegen die Verletzung erfolgt.

Der Streik in der oberbayerischen Textilindustrie ist nunmehr beendet. Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, doch kann noch ein Teil der Arbeiter wieder eingestellt werden. Der Streik dauerte acht Wochen.

Wirren in Alexandria.

Der Polizei und den ägyptischen Truppen gelang es, die Unruhen zu unterdrücken. Gestern morgen drangen zahlreiche Feuersbrünste in der Stadt aus, die jedoch bis mittag gelöscht, beziehungsweise eingedämmt werden konnten. Die Sicherheitskräfte aus einigen Häusern bahren noch an. Der Truppenbefehlshaber gab bekannt, daß Hüler, aus denen geschossen werde, mit Maschinengewehrfeuer belegt werden würden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Nach einer Meldung aus Alexandria befinden sich unter den bei den Unruhen Getöteten 25 Ägypter, 13 Griechen und ein junges italienisches Mädchen. Unter den Verwundeten befinden sich 36 Griechen, 12 Italiener und zwei Franzosen.

Ein sinesisch-deutsches Abereinstimmen wurde am 20. Mai in Peking unterzeichnet, das als Grundlage für den Sonderfrieden zwischen den beiden Ländern dienen soll, da China den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet hat. Deutschland verpflichtet sich, China die Vorteile des Vertrages von Versailles zu gewähren.

Zu dem sinesisch-deutschen Abereinstimmen meidet die Basasagentur aus Peking mit: Deutschland verpflichtet sich, China alle Vorteile aus dem Versailles Vertrag zu gewähren, erklärt sich aber vorbehalten, China die Konsolidierung in Schantung zurückzuführen. Das Abereinstimmen ist aufbauend auf dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und auf dem von beiden benannten Nationen. Deutschland verpflichtet sich in einem Zusatzabkommen, China die Internierungskosten für die deutschen Interessierten zurückzuführen und die Summen zu bezahlen, die der Friedensvertrag von Versailles vorliegt. Die sinesische Regierung verpflichtet sich, die Liquidierung des deutschen Vermögens zu inhibieren und das Ergebnis der liquidierten Güter zurückzuführen, den allen deutschen Parteien wieder Geltung zu geben und ein Abkommen mit der Deutsch-Asiatischen Bank zu treffen.

Gewerkschaftliches.

Konferenz des Bezirks-Gewerkschaftsrats für den Regierungsbezirk Merseburg.

Am Sonntag, den 22. Mai, tagte im „Volkspark“ zu Halle eine Konferenz der im Bezirksrat vereinigten freien Gewerkschaftsräte des Regierungsbezirks Merseburg. Es waren 41 Delegierte anwesend, die 21 Räte vertreten. Außerdem waren anwesend der Vorstand des Bezirksrats, zwei Sekretäre, ein Vertreter des A. D. G. B., vier Gauleiter.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht des Bezirksratstellvertreters Gen. Bertling dem Gegenkommen. Bertling wies besonders auf die äußerst minimalen Aufstellungen auf lokalen Gebiete hin. Eine völlige Aenderung der Reichsversicherungsordnung hätte fällig vorzunehmen werden müssen, denn das Elend der Rentenempfänger sei gar zu groß. Die gewählten Zulagen seien völlig unzureichend und erleben längst nicht das, was ihnen Rentenempfänger verloren gegangen sei. Auch die Bemerkungsform der Versicherungsverträge hätte umgewandelt werden müssen, denn die Zusammenfassung der Stellen von denen die Rentenscheide ausgehen, seien von großer Wichtigkeit. Die Abschätzung der Unfallfolgen sei immer ungenügender geworden; für gewisse Verletzungen werde überhaupt keine Rente mehr gezahlt. Der § 563 sei noch vor kurzer Zeit geändert worden. Bis dahin wurde erst bei den Unfällen nach dem Höchstjahresrentenwert von 1800 Mk. berechnet; jetzt ist die Höchstgrenze auf 10.000 Mk. heraufgesetzt worden. Anträge, die Drittelung des überschüssigen Arbeitsentommens fallen zu lassen und die Rente nach dem vollen Verdienst zu berechnen, sind von der bürgerlichen Mehrheit des Landtages abgelehnt worden. Standeslos sei es jedoch, daß für Jobarbeiter in den verschiedenen Bezirken des Reichs der Jahresarbeitsverdienst auf 450-675 Mk. festgelegt worden sei. Ebenso traurig sei es auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung aus, mo noch Witwenrenten von monatlich 55 Mark und Waisenrenten von 30 Mk. gezahlt würden. Es werde demnach erst eine Neuweisung der Jahreshöhe der Rente, Waisen- und Jobarbeiter stattfinden, ebenso der nichtständigen Arbeiter. Diese Sache sollen aber erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Auch werde die Wahl der Vertreter zu den Versicherungsbehörden maßgeblich eine Vereinfachung erfahren, indem die Vorstände der Krankenkassen gleich sämtliche Vertreter in allen Instanzen wählen.

Bertling teilt dann mit, daß das Bezirkssekretariat in 759 Fällen Auskunft erteilt und 40 Verleitungen von den verschiedenen Behörden übernommen hatte, von denen 36 erfolgreich waren. Der Redner hat darum, daß in allen Fällen, wo eine Vertretung gefordert werde, auch das gesamte Material, Schriftstücke etc. lückenlos beigegeben werde. Dann verweist Redner auf die Arbeitslosigkeit im Bezirk, die nach dem Aufschlag erst recht in die Erscheinung getreten sei. Von großer Bedeutung sei die der Einfluß auf die Arbeitsmarkt, da viele Unternehmer verfallen, gerade die besten Gewerkschaftler von der Einstellung auszuscheiden. Maßgeblich für die Arbeitslosigkeit sei auch das Fehlen von Gewerbe und Kaufmannsgeräten in verschiedenen Kreisen, was hier gerade einleuchtend der Massenprognose nach dem Aufschlag gezeigt habe. Die jetzt zulässigen Altersgrenzen arbeiten viel zu langsam und nicht im Interesse der Arbeiterschaft.

In letzter Zeit haben im Bezirk mehrere stark belusste Gewerkschaftskonferenzen stattgefunden, und überall sei der Ruf nach Vertretung der Arbeiter im Reichstag laut geworden. Am Anfang sei der Ruf nach dem Vorhause aus die Frage erstanden worden, ob es nicht wünschenswert und im Interesse der verurteilten Genossen und ihrer Familien sei, wenn in ausreichender Fülle Begnadigungsanträge gestellt würden, um auf diesem Wege eine Korrektur der verhältnismäßig harten Urteile der Sondergerichte herbeizuführen.

Einen genauen Stand der Mitgliederbewegung im Bezirk konnte der Referent nicht geben, da verschiedene Kartelle die Bewegung nicht zurückgeführt haben.

Nach dem Geschäftsbericht erstellte Gen. Koch-Merleburg den Kassenbericht. Er rügte einleitend die äußerst nachlässige Beitragszahlung von einigen Kartellen, u. a. von Bitterfeld, Lieben, Halle und Könnern, seien überhaupt keine von Bitterfeld mehr gezahlt worden. Die Einnahmen im Jahre 1920 betragen 12.994,25 Mk., die Ausgaben 9233,53 Mk. Vom 1. Januar bis Ende März d. J. betragen die Einnahmen 11.720,75 Mk., die Ausgaben 8651,45 Mk., so daß damals ein Kassenbestand von 3044,30 Mk. verblieb.

Die sich an den Geschäfts- und Kassenbericht anschließende Diskussion, an der sich 13 Delegierte beteiligten, erwekte das lebhafteste Interesse der Konferenzteilnehmer. Von einigen wurde zum Ausdruck gebracht, daß von der Tätigkeit des Bezirksrats nur wenig zu merken gewesen sei, besonders habe es sehr Anstöße verursacht. Von anderen Rednern wurden jedoch dafür Entschuldigungsgründe vorgebracht. Der Antrag eines anderen Delegierten (Schmidt-Merleburg), die Kriegsbewegungszustandorganisationen in den Gewerkschaftsräten aufzunehmen, stimmte niemand zu. Es wurde Genosse Ernst Schulze, der Vertreter des A. D. G. B., dieses darauf hin, daß nach den Beschlüssen nur gewerkschaftliche Organisationen den Ortsansässigen angehörend dürfen. Um übrigen müßte jeder berufsartige Kriegsbewegungszustand auch gewerkschaftlich organisiert sein, und dann sei er durch seine Gewerkschaft auch im Kartell vertreten. Gegen die Anregung, für verschiedene aus Anlaß des Rufes verurteilte Klassen Genossen den Weg der Begnadigung zu beschreiten, wurden Einwendungen nicht erhoben, von mehreren Rednern vielmehr zum Ausdruck gebracht, daß den Sekreturiellen und ihren Familien nach Möglichkeit geholfen werden müsse. Der letzte Diskussionsredner Silliger-Wittenberg sprach noch besonders über die Verhältnisse in den Hallenser Gewerkschaften. Wenn diese nicht geändert würden, dann bestände für ganz Deutschland die Gefahr, daß die Gewerkschaftsbewegung gelähmt werde. In den Gewerkschaften müßte mehr unter Ausschluß der Interessen einzelner politischer Parteien gearbeitet werden, dann werde man auch politische Arbeit leisten können.

(Über den weiteren Verlauf der wichtigen Konferenz werden wir morgen berichten.)

Dienstag, 31. Mai
Saalschlossbrauerei
 je nach Wetter, Saal oder Garten
Gast-Konzert
Johann Strauss
 vorm. k. k. Hofball-Musikdirektor
 Programm:
 „Der Walzerkönig und seine Zeit“
 Karten 5.— Mk. einschl. Steuer bei
 Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a.

Für Kinder- u. Gartenfeste
 Voternen, Kacheln, Zenghabe, Aufsichtlerne, Udschießpödel, Gelschalls, Vertoinnes u. viele andere
 Metall, Tonkontraler, Tonblumen, Tonband, Metallblechen, Eintritte u. Gerderebenbleche, Gerdereben, Fäden für Gärten u. Saaldekorationen aller Art, Tischdecken u. Schürzen
 Billig wie bekannt bei
Paul Lange,
 neben Apollo Merseburgerstr. 168, nahe Wiederplatz
 Telefon 3477.
 Sonntags geschlossen.

**Die kommunistische
 Aufruhbewegung in
 Mitteldeutschland
 Ostern 1921.**
 Bearbeitet v. Karl Garbe, Halle
 Preis 1.00 Mark.
 Zu haben in der:
 Buchhandlung Volkstimme, Gr. Ulrichstr. 27.
 Bestellungen nehmen alle
 Austräger entgegen.

Irrigateure
 Verband-Watte
 Gummi-Sett-Unterlagen
 Windelhos,
 Spül-Apparate,
 Gummi-Schläuche
 sämtl. Bedarfs-Artikel
 für
Wöchnerinn.
 in großer Auswahl billigst.
 Ferner:
Babywagen
 3. Wiegen (auch
 teigweise).
**Kranken-
 Fahrstühle**
**Hugo
 Nehab**
 Nachl.
3 Gr. Ulrichstr. 3
 Markstraße.
 Auf Firma und
 Hausnummer
 bitte genau zu
 achten!

Saalschloß-Brauerei
 Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr
GROSSES KONZERT
 der Kapelle Kott.
 10 Uhr
Gr. Pracht-Feuerwerk
 ausgeführt von Gebr. Pfeiffer, Cröllwitz.
 Eintritt Mk. 3.— (einschl. Steuer). Kinder Mk. 1.50.
 F. Winkler.

Freier Sängerkhor Halle
 Mitgl. d. Dist. Arb.-Sängerbundes
 (Leitung: G. Lissel, Gesanglehrer)
 veranstaltet Sonnabend, den 28. Mai abends 8 Uhr
 im „Hoffägers“, Lindenstr. ein
Gr. Frühjahrs-Gesangskonzert
 unter Mitwirkung Frau Alice von Boer-Gruselli (Sopran),
 Herren Kurt Wichmann (Bariton) u. ein Künstler-Quartett
 des Grelach-Orchester.
 Eintrittskarten im Vorverkauf 3.— Mk., an der Abendkasse 3.50 Mk.
 Karten in der Buchhandlung Volkstimme, ferner in den Musikalien-
 handlungen H. Göttsch, Reinhold Koch und Albert Manthey, Buch-
 handl. Saalfeld, Verburgerstraße u. bei den durch Plakate kenntl. Stellen

Die millionenfach bewährte
Öl-Wachs-Schuhkrem
Diamantine
 in bester Friedensqualität
 wieder erhältlich.
 Man verlange Dosen mit
 eingelegetem Zettel
 „Friedensware“
 Hersteller: Rud. Starcke Meißel i. H.

Raulino Tabak
 einmal versucht
 immer verlangt.
 Für kurze Pfeife.
 Schäg, roter Streifen 100 gr Mk. 5.—
 „ lila „ 100 „ „ 5.50
 „ grüner „ 100 „ „ 6.—
 „ schwarzer „ 50 „ „ 3.50
 Zu haben in den Zigarren-Geschäften.
 Hauptvertretung für
 das Großhandel
Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.
 Fernsprecher: Hanna 1790, Hanna 3145.

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
 Wochenzeitschrift
 der Deutschen Sozialdemokratie
 Preis für das Heft M. 1.50
 Jeder Parteigenosse, der sich um die Ent-
 wicklung und Klärung der Partei-
 interessen kümmert, sollte auch
 Leser der Neuen Zeit sein
 Bestellungen werden von der Expedition dieses
 Blattes sowie von sämtlichen Postpostreuten
 entgegen genommen
 1/2 Stunde
Läuse
 vernichten
 Garantie Kopf-
 und Hals-
 (von Brust (H. H.) Wangen, Stirne
 bei Reich u. Bier. „Riesold“
 a. gesch. Mittl. Brand ungeschäd. Beck
 nur Schmalz, Steinweg 10. Verho

Makulatur
 zu verkaufen
 Verlag Volkstimme,
 Gr. Ulrichstr. 27.
**Seiler- u.
 Bürstenwaren**
 Spez.: Wäscheleinen
 äußerst billig empfiehlt
Richard Kahl,
 Merseburg-Neumarkt 10.

Stadt-Theater
 Donnerstag, d. 26. Mai.
 Anfg. 7 1/2, Ed. 10 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg
 Schauspiel von
 Meyer-Förster.
 Freilag:
 Der Troubadour.
**Schmerzerse
 Seifenpulver
 Kernseifen
 Toiletenseifen**
 empfiehlt
 I. Wiedererkäufer u. Großgeb.
F. W. Paul Richter,
 Halle a. S.,
 Magdeburgerstraße 11.
 Fernruf 5797.

**Reparaturen
 an Uhren**
 Gold- und
 Silberwaren,
 sowie
 Schmuckstück.
 übernimmt bei
 selbst Ausführe, zu normalen
 Preisen M. Lerner,
 Uhren-Reparatur-Werkstatt
 Große Steinstraße 85.
 gegenüber Verblüthenhof.

Hirse
 gefädelt und ungeschädelt
 für Küden.
 Gefördert von
Wilhelm Groß,
 Markt 16 u. d. Hofkap.
Grudeöfen
 in allen Größen und Aus-
 führungen wieder lieferbar
August Domske,
 Fabrik für alle Eisenarbeiten,
 Halle a. S., Zandauerstr. 9.

A. Henckel,
 Korsett- und
 Reformkleidchen
Merseburg,
 Oelkrude 29.
Möbel
 empfiehlt billigst
Hugo Schmieder
 Tischlermeister,
 Merseburg, Preußenstr. 1
Beieinkäufen
 bitten wir unsere Partei-
 genossen und Leser sich
 auf die Inserate in der
 Volkstimme zu beziehen.

Hingerichtet
 allen alle Mägen auf die Sommerregnen, billigen
Herrenanzug- und Kostüme
 (ein. Durch Äußerst günstigen
 Wirkung bis 16 in der Lage
Prima Ware
Anzug von 120 M. an
 in sehr reichhaltigen, vornehmen Modern abzugeben.
 Der Verkauf findet
Nicolastraße 6 (Händelpark)
 von vormittags 10 bis 7 Uhr nachmittags statt.
 !!! Ansehen kostet kein Geld !!!
 Günstige Besugnisse für Wiedererkäufer
 und Schneidermeister.
Leo Weßner.

ff. Herren-Moden,
 Spezialität: Kunststopperei, Umarbeitung
 Wenden, Reparieren und Maßregeln
 wird achgemäß ausgeführt.
 Teppicharbeiten in erstklassiger Ausführung
F. R. Ludwig, Krausenstr. 24. Fernruf 3296

Lederpantoffel
 in nur guter Qualität, holzgegallt und durchgenäht
 mit und ohne Polster sowie:
Handwerkerschuhe
 offeriert zu den billigsten Preisen
Lederpantoffel-Versandhaus, Halle a. S., Steinweg 24.
 Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise!

Wanzen und Brut
 vertilgert rasch nur Kammerflüger Berg's Nicodol
 Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschrei
 von überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung
 Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei
Karl Kuhlnt, Gr. Ulrichstraße 5
 sonst portofrei bei Hermann G. Groesel, Berlin
 Königgrätzerstraße 49.

Rob. Schmeisser
 Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5
 empfiehlt
Unter- u. Oberleder
 für die Schuhmacherei sowie sämtl. Schuh-
 macher-Bedarfsartikel zu billigsten Preisen.

Stellen finden.
Einige rührige Genossen
 finden auf längere Zeit im Bedienungsbereich
 der „Volkstimme“
gut lohnende Beschäftigung.
 Näheres im Verlag „Volkstimme“, O. u. d. H.

Einige jüngere,
 verheiratete
Schuhmacher
 stellt ein.
Alb. Freitsche
 Schuhfabrik,
 Taubenstraße 25.

Bermischtes
 Echtes
Klettenwurzel-Haaröl
 à Flasche 3.50
 empfiehlt
Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus,
 Dreyhauptstraße 2.

**Tüchtige
 Maurer**
 gesucht.
Hermann Meije,
 Merseburger Str. 102 a.

**Starke dauerhafte
 Rucksäcke**
 sehr preiswert bei
H. Krasemann,
 Leder-Spezialgesch.
 nur
 Schmeerstr. 19

Über Pilo
 den hervorragenden Schuhputz
 führt der Weg
 zu blanken Stiefeln
 Verlangen Sie überall „Pilo-Extra“
 (friedensmässig hergestellt)

